

## Editorial

Über den Zustand der Demokratie wird heute viel und gern gejammert: Bürgerkrieg im Herzen Europas, Globalisierung statt »neuer Weltordnung«, Krise des Wohlfahrtsstaats und Rückkehr der Armut, Zersplitterung der Gesellschaft durch Migration, durch soziale und politische Ausgrenzung und wachsenden Fundamentalismus, Vormarsch der Populisten bei sinkender politischer Partizipation – die Litanei ließe sich leicht fortsetzen.

Nun hilft Jammern wenig, es reicht nicht einmal für einen Denkanstoß (manche von uns erinnern sich: »Nicht jammern und picheln, sondern hammern und sicheln!« riefen die weisen Mitglieder der IV. Internationale bereits in den siebziger Jahren den Kölner Massen zu). Aber die Jammerer haben nicht ganz unrecht: Die letzten Jahre haben der Demokratie in Europa und Amerika neue Herausforderungen beschert. Wie kann demokratische Politik am Ende des Jahrhunderts auf diese Herausforderungen antworten?

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist ein Koordinatensystem verschwunden, an dem sich unser Denken und Handeln fast fünfzig Jahre lang orientiert haben. Doch vielleicht war 1989 nur der spektakulärste Moment eines politischen Umbruchs, der sich schon lange vor diesem historischen Jahr anbahnte und der in ihm nicht kulminierte, sondern auf Konstellationen zusteuert, die für uns noch gar nicht absehbar sind. 1989 markiert zweifellos den Sieg der Demokratie. Doch der Glanz, in dem dieser Triumph sie anfänglich erstrahlen ließ, sollte rasch einem anderen Bild weichen: Es scheint, als habe derselbe Sieg schließlich die Schwächen, Defizite und häßlichen Seiten der Demokratie zutage gefördert, als hätte sie ihren Glanz nur noch ihrem Feind verdankt. Die Demokratie sieht plötzlich menschlich aus: Es kriselt und kränkelt in ihr. Geschichtlich gesehen, wäre dies nicht ihre erste Krise. Doch, glaubt man den Autoren des vorliegenden Heftes, so scheinen die Chancen nicht schlecht zu stehen, daß sie sich einmal mehr regeneriert.

Es gibt zwei – innerhalb ganz unterschiedlicher intellektueller und politischer Strömungen vertretene – Ansätze, auf diese Krise zu reagieren: Zum einen die Auffassung, daß die Agenda der Zukunft durch Auseinandersetzungen um Werte bestimmt sein werden; zum anderen die Gegenposition, daß die ökonomische Entwicklung entscheidend sein wird.

Die erste Position spannt sich von den Konservativen in Europa und in den USA bis zu den europäischen Grünen. Sie wird von Politikern und Wissenschaftlern geteilt, die im heutigen Leben eine wachsende politische und soziale Bedeutung kultureller Differenzen, insbesondere der Religion, diagnostizieren – entgegen der verbreiteten Vorhersage, daß diese Differenzen im Zuge des Modernisierungsprozesses verschwinden werden. In diese Gruppe gehören auch diejenigen, die die Rolle demokratisch verfaßter nationaler Bindungen, wenigstens in Europa, nicht schlicht für obsolet halten, sondern ihr eine wachsende Bedeutung für die Zukunft der internationalen Ordnung zuschreiben.

Diese Auffassungen sind nicht unwidersprochen geblieben. Eine andere, ebenfalls weit verbreitete Position sieht in der wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere in deren rapide fortschreitender Globalisierung den entscheidenden Faktor künftiger Politik. Auch diese Meinung ist nicht eindeutig einem politischen Lager zuzuordnen: Sie läßt sich sowohl bei den amerikanischen Demokraten finden als auch bei den britischen Konservativen oder den polnischen Liberalen.

Das vorliegende Heft will beitragen zu einer vorläufigen Bestandsaufnahme des tiefgreifenden Wechsels politischer Paradigmen und Modelle, dessen Zeugen wir heute sind, und zu einer Einschätzung der damit verbundenen Risiken und Chancen.

Zum Thema des vorliegenden Heftes hat das IWM im Juni 1997 eine Konferenz veranstaltet, die vom österreichischen Außenminister unterstützt wurde. Demokratietheoretische Fragen werden am Institut seit vielen Jahren interdisziplinär untersucht und diskutiert. *Transit* hat in diesem Zusammenhang die doppelte Funktion einer Sonde zur Exploration neuer Problemfelder und eines Forums, das die entsprechenden Forschungsergebnisse über die jeweiligen Fachgrenzen hinaus zur Diskussion stellen will.

Die beiden Beiträge zur polnischen Verfassungsdebatte zeigen Momentaufnahmen der politischen Kultur in Polen, die sich auch gut als Fallstudien im Kontext der oben skizzierten Problematik lesen lassen. Mit den Repliken auf die Artikel von Janos Kornai und Christoph Sachße in den Heften 12 und 13 von *Transit* setzen wir die Debatte um den Wohlfahrtsstaat fort. Weitere Beiträge zu dieser Thematik werden folgen. Die im letzten Heft eröffnete Serie der »*Transit*-Diskussionen« wird im vorliegenden fortgeführt mit einer Kontroverse um die Zukunft der Universität. Mit den abschließenden Beiträgen verabschieden wir uns von zwei Menschen, die dieser Zeitschrift von Anbeginn verbunden waren: Susanna Roth und François Furet. Sie fehlen uns.

*Wien, im Dezember 1997*